

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vorrätig. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitspiegel“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung hohler Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (in Ausn. d. Handelsl.): V. Dr. Sven v. Müller, Hm. Urv. Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 9400-3645, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3650-3690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Nr. 660.

## Sindenburg ernannt Dietrich Das Wirtschaftsministerium vorläufig unbefestigt

Der Reichspräsident hat nach dem Vortrag des Reichsfanzlers an Neudach den Reichsminister Dietrich unter Entbindung vom Amt des Reichswirtschaftsministers zum Reichsminister der Finanzen ernannt und den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trautenberg bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

Die unlangst festgesetzene Ministerialtabelle für die Reichsministerien für Ernährung und Sanbidität ist mit dem bisherigen Ministerialbüroten im Reichsfinanzministerium Dr. Bachmann befestigt worden.

Dr. Bachmann ist im Reichsernährungsministerium (speziell mit der Bearbeitung der Durchführung der Schiffe betraut. Er ist gelegentlich Offiziere und ist besonders guter Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Osten. 1925 ist er von dem damaligen Reichskanzler in die Reichsanleihe berufen worden, wo er besonderen Anteil an der Aufstellung und Durchführung des Programms der Befriedung der demitt befreiten Gebiete des deutschen Ostens hatte. Im Reichsfinanzministerium, in das er 1929 zurückberufen worden ist, hat er an der Ausarbeitung der Offiziersliste sowie der jähigen Vorlagen über die Schiffe und die Errichtung der Abfertigungsstellen maßgeblich mitgearbeitet. Dr. Bachmann hat seine neue Befähigung bereits angetreten.

## Das Parlament soll entscheiden Curtius Echo in Paris

Paris, 26. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Im Reichstag ist gestern die Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt worden. Dr. Curtius, nach dem sein gegenwärtiger Posten der neue Staatssekretär des Reichspräsidenten ist, will sich im Leben, ist noch gefestigt noch einmal gesprochen, um auf die mannigfache Kritik einzugehen, die von Rednern der Fraktionen vorgetragen wurde. Mit einer gewissen Würde wandte sich der Reichspräsident gegen die Angriffe von deutschnationaler Seite. Er fand die laut geäußerte Zustimmung seiner Fraktionsgenossen. Das wurde im Saale besonders bemerkenswert, da man weiß, daß Curtius sich in den Fragen der inneren Politik, vor allem wegen der Steuererhöhung, im Gegensatz zu der offiziellen Haltung der Deutschen Volkspartei befindet und man darauf neugierig ist, wie dieser Konflikt sich lösen wird.

Das Echo, das die getriggerte Erklärung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius in der französischen Presse gefunden hat, ist anders als freundlich. Allerdings sind es bisher nur einige Rechtsabtreter, die dazu in eigenen Kommentaren Stellung genommen haben. Der „Figaro“ erkennt zwar an, daß Dr. Curtius sich in der Form große Mühseligkeit anstrengt, findet aber, daß der Gesamteindruck seiner Rede typisch ist für die Mentalität

Das wird man vielleicht sehr bald erfahren, wenn der Reichsfanzler aus Neudach, dem Vortrage beim Reichspräsidenten, zurückgekehrt und heute über die Ergebnisse des Vortrages dem Kabinett berichtet hat. Am Donnerstag herrscht die Erwartung, daß die Regierung auf eine normale parlamentarische Durchführung der neuen Defensanforderungen rechnet und auch rechnen darf.

Das Ermächtigungsgesetz sollte ja auch nur verlangt werden und im Falle der Beseitigung der Artikel 48 angewendet werden, wenn es von vornherein ein ausfallsloses Unternehmen wäre, im Reichstag und im Reichstag eine Mehrheit für die Defensanträge aufzubringen. Diese Befürchtung hat die Tagespolitik nicht, wenigstens nicht innerhalb der Regierung.

## Ablehnung des Berliner Etats

### Vor der Zwangsverlesung

Vor Beginn der getriggerten Stadterordnetenversammlung trat die deutschnationalen Fraktionen in einer Sitzung zusammen, in der über die Stellungnahme zum Berliner Etat entschieden wurde. Nach einer einstündigen Beratung beschloß die Mehrheit der Fraktionen, den geplanten Berliner Etat abzulehnen. Das bei der Zusammenkunft des Berliner Stadtparlaments die

in Deutschland, die offenbar nur das eine Ziel kenne, die Schwärze der Willküren auszunutzen, um seine verlorenere Machtposition zurückzuerobren.

In ähnlichen Beobachtungen bewegen sich auch die Ausführungen des „Temps“, der die Erklärungen des Ministers als „rechtlich kontin“ bezeichnet.

Man habe das Gefühl, daß Dr. Curtius sich auf einem hohen Niveau bewege, der bereits unter seinen Füßen zu schwanken beginne, und daß die deutsche Außenpolitik mehr und mehr von der innerpolitischen Situation beeinflusst werde. Dr. Curtius habe zwar auch gestern wieder die Versicherung erneuert, daß er die Streifenministerialpolitik fortzusetzen entschlossen ist, aber die Atmosphäre sei keineswegs mehr die gleiche wie zum Ende des großen deutschen Notstandes.

Nicht nur der Welt, sondern auch die Methoden hätten bereits eine erhebliche Änderung erfahren. Wenn Deutschland unter der Freiheit und der vollen Gleichberechtigung, die sein Außenminister gefordert verlangt habe, eine Politik verfolge, die auf die Revision des Versailler Vertrages und die Mobilisierung der Grenzen im Osten hinauslaufe, so sei dies schließlich unvermeidbar mit der Politik der Konföderation des Friedens, zu der Dr. Curtius sich gefestigt bekennt habe.

In den politischen Kreisen ist die Beurteilung günstiger. Man will zwar auch hier gegenüber der Streifenministerialpolitik eine beträchtliche Abmilderung herausgehört haben, erkennt aber an, daß der deutsche Außenminister durch sein zielhaftes Verhalten zu der Politik des Friedens und der Befriedigung und durch die Unterstützung der bündischen Vereinfachung, dem Reichsministerialprojetz des europäischen Zusammenstoßes nach besten Kräften mitzuwirken, seinen Zweck gefahren habe, daß auch unter der Regierung Brüning kein Rückschritt der deutschen Außenpolitik zu befürchten ist.

Auch die Forderung nach politischer Freiheit und voller Gleichberechtigung hat nicht verstimmt, da Dr. Curtius selbst ausgehen hat, daß Deutschland sein Recht nur im Rahmen der bestehenden Verträge geltend zu machen beabsichtigt.

## Revolution in Bolivien

### Der Präsident geflüchtet

New York, 26. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

Staatsblätter in Buenos Aires melden, daß in der bolivianischen Hauptstadt La Paz, wo schon am vergangenen Sonntag 30 Personen der Straßenkämpfer getötet und über 100 Personen verwundet worden sind, neue ernste Unruhen ausgebrochen sind. Zwischen Truppen und Studenten ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die meisten Provinzen der Republik sollen sich in der Hand der Rebellen befinden, denen es gelungen ist, die Hauptstadt völlig zu isolieren. Der justizminister Präsident Gites hat Befehl erteilt, die amerikanischen Schiffschiff gefloht und der Außenminister Reding ist in die argentinische Grenzstadt geflüchtet. Der ehemalige deutsche General Sanza, der Generalabschlag der bolivianischen Regierung, gegen den sich in erster Linie der Aufbruch richtet, hat die Grenzangriffe von Hilfe angegangen, jedoch sollen die Truppenführer sich gewiegert haben, gegen die Aufbrüher zu kämpfen.

Der bolivianische Generalabschlag, General Sanza, bildet nicht zum ersten Male den Mittelpunkt politischer Verwicklungen. Schon einmal wurde er vor einigen Jahren seines Postens enthoben, als eine Regierung, die ihm ablehnend gegenüberstand, aus La Paz am. Sanza ist ein ungenügend befähigter, kriegserfahrener Offizier, der in den letzten Jahren des Krieges in den schweren Abwehrschlachten an der Westfront das Garde-Regiment führte. Nach dem Abzuge trat er zunächst nach Wien, bis die Reichsmarine auf 100.000 reduziert wurde. Dann nahm er einen Ruf nach Bolivien an, wo er zeitweise sogar Kriegsminister war, bis er sich auf die rein militärische Tätigkeit als Generalabschlag beschränkte.

## Aufhebung der Verfassung in Malta

London, 26. Juni | Ullstein-Nachrichtendienst

König Georg hat die Order unterzeichnet, durch die die Verfassung Maltes in Jahre 1921 gewährte parlamentarische Verfassung mit beschänktem Selbstverwaltungsrecht auf unbestimmte Zeit aufgehoben wird. Malta wird wieder einfache Kronkolonie unter einem dem Kolonialamt unmittelbarer unterstelltem Gouverneur.

Deutschnationalen den Ausschlag geben, ist damit eine Annahme des Etats unmöglich geworden.

Der Beschluß der Deutschnationalen bedeutet einen Sieg des Eugenbewegung gegenüber einer sehr starken Widerparty, die sich unter Führung des früheren geschäftsführenden Vorsitzenden des Zweidertens Groß-Berlin, des Stadterordneten Steiniger, für die Annahme des Etats aussprach. Kurz nach Beginn der Stadterordnetenversammlung trat der Berliner Bürgergewerkschafts-Echo als Fraktionsführer zusammen. Außer dem Bürgermeister und dem Stadtparlaments-Ange nach dem die Sitzung teil der demontierten Fraktionsführer Schubert, der Fraktionsführer der Zentrumspartei, Friedrich Lange, der sozialdemokratische Fraktionsführer Flatau und Stadterordneter Kohnen, für die Volkspartei der Fraktionsführer Schwarz und der Stadterordneten-Stellvertreter Dr. Gaspari, für die Deutschnationalen der Fraktionsvorsitzende Widde und Springfeld.

Nachdem die Deutschnationalen den Beschluß ihrer Fraktion mitgeteilt hatten, erklärten die übrigen Parteien weitere Bewegungen für unmöglich. Man hat sich über die Annahme des Etats fest zu werden, damit dem Oberpräsidenten von Berlin, dem jetzt die Aufgabe der Staatsverfassung der Hauptstadt zufällt, seine Aufgabe erleichtert wird.

### Attentat gegen die Selbstverwaltung

Der Berliner Etat wird — wenn nicht noch ein Wunder geschieht — heute oder spätestens am Dienstag bei der Schlussabstimmung in der dritten Beratung abgelehnt werden. Selbst die größten Optimisten im roten Saale glauben nicht mehr an dieses Wunder, nachdem die Deutschnationalen gestern bedingungslos ihre Gegenpartei angegriffen haben und sich damit auf die Seite der kommunistischen und nationalsozialistischen Oppositionskräfte schlugen. Ein beispielloser Vorgang in der Geschichte der Reichsparlamentaristik, der aber nicht unerreicht festsitzend nach dem Ausgange der letzten Session.

Es hat jetzt wenig Sinn, danach zu forschen, ob nicht vielleicht doch eine Einigung möglich gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten sich für die Einsetzung von 10 Millionen für den 23. 3. erklärt hätten, wenn sie bei der Einsetzung von 8,5 Millionen aus der Volkskammer ihre Zustimmung gegeben hätten, wenn sie bereit gewesen wären, die Strafenhörsätze zu erhöhen. Die Sozialdemokraten haben diesmal